Bürger die Benutzung seiner Fernsprecheinrichtungen zu gestatten. Kann die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen nicht gestattet werden, ist der Teilnehmer verpflichtet, die Nachricht selbst zu übermitteln.

§5

Gebühren

(1) Die Gebühren für die Teilnahme am öffentlichen Fernsprechverkehr sind in der Fernsprechgebührenordnung* festgelegt.

(2) Für Gebühren, die sich aus dem Teilnehmerverhältnis ergeben, ist der Teilnehmer der Gebührenschuldner gegenüber der Deutschen Post, auch wenn er seine Fernsprecheinrichtungen ganz oder teilweise anderen zur Benutzung überlassen hat. Die Fernmelderechnungen werden grundsätzlich dem Teilnehmer übersandt.

(3) Regelmäßig wiederkehrende Gebühren sowie Gebühren, deren Höhe sich vor der Ausführung der Leistung durch die Deutsche Post feststellen läßt, werden im voraus erhoben. Einmalige Gebühren sowie Gebühren, deren Höhe sich erst nach Ausführung der Leistung der Deutschen Post feststellen läßt, werden nachträglich erhoben.

(4) Die Pflicht zur Entrichtung regelmäßig wiederkehrender Gebühren für Fernsprecheinrichtungen entsteht mit Ablauf des Tages der Übergabe der Einrichtungen, bei Änderungen mit dem Ersten des folgenden Monats. Diese Gebühren werden bis zum Ende des Teilnehmerverhältnisses erhoben, mindestens jedoch in Höhe einer Monatsgebühr.

(5) Die Pflicht des Teilnehmers zur Entrichtung regelmäßig wiederkehrender Gebühren ruht

— für die Zeit, in der die Fernsprecheinrichtungen gemäß § 2 Abs. 2 nicht benutzt werden können,

— für die Zeit einer Verlegung an eine andere Stelle, wenn dabei die Fernsprecheinrichtungen länger als 14 Tage nicht benutzbar sind,

— für die Dauer der Unterbrechung, wenn Fernsprecheinrichtungen ohne Verschulden des Teilnehmers betriebsunfähig geworden sind und diese Störungen, nachdem sie der Deutschen Post bekannt geworden sind, länger als 14 Tage angedauert haben.

(6) Gebühren, die sich aus einem Teilnehmerverhältnis ergeben, werden für von der Deutschen Post festgelegte Abrechnungszeiträume zusammengefaßt und in die Fernmelderechnung des Teilnehmers aufgenommen. Der in der Fernmelderechnung ausgewiesene Geldbetrag wird 7 Tage nach Absendung der Fernmelderechnung fällig.

(7) Gebührenrückstände jeder Art hat der Teilnehmer mit jährlich 4 % zu verzinsen.

(8) Gebühren werden auf Antrag erstattet, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Deutsche Post die Leistungen nicht ausgeführt hat, für die die Gebühr berechnet worden ist. Gebühren werden ohne Antrag erstattet, wenn die Deutsche Post feststellt, daß die Leistungen nicht ausgeführt worden sind. Die Bestimmungen des § 23 Abs. 3 werden davon nicht berührt.

(9) Für zu erstattende Gebühren zahlt die Deutsche Post keine Zinsen. Für Gebühren, die die Deutsche Post versehentlich nicht erhoben hat und später nachfordert, werden für die Zeit bis zur Nachforderung keine Zinsen erhoben.

(10) Blinde Teilnehmer, die einen Hauptanschluß für die Ausübung einer beruflichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit benötigen, werden auf Antrag von der Zahlung der Grundgebühr für einen Hauptanschluß befreit. Darüber hinaus wird ihnen auf die Einrichtungsgebühr ein Nachlaß von 50 % gewährt. Die Befreiung von der Zahlung der Grundgebühr und die Gewährung des Nachlasses sind nicht übertragbar.

* Anordnung vom 21. November 1974 über Fernsprechgebühren — Fernsprechgebührenordnung — (FGO) (GBl. I Nr. 14 S. 265)

§ 6

Arbeiten an Fernsprecheinrichtungen

(1) Der Teilnehmer hat dafür zu sorgen, daß geeignete Räume für die Fernsprecheinrichtungen bereitgestellt werden. Erweisen sich die Räume später als ungeeignet, trägt der Teilnehmer die Kosten, die der Deutschen Post durch die notwendigen Schutzmaßnahmen oder durch den schnelleren Verschleiß der Fernsprecheinrichtungen entstehen.

(2) Der Teilnehmer ist verpflichtet, vor Aufnahme der Arbeiten zum Einrichten, Instandhalten, Ändern oder Abbrechen von Fernsprecheinrichtungen der Deutschen Post die Lage ihm bekannter, verdeckt geführter Starkstrom-, Wasserleitungs- oder ähnlicher Anlagen genau zu bezeichnen.

(3) Die Deutsche Post ist nicht verpflichtet, den früheren Zustand wieder herzustellen oder die Kosten zu erstatten, wenn durch das Einrichten, Instandhalten, Ändern oder Abbrechen von Fernsprecheinrichtungen Ausbesserungen in Räumen oder an Gebäuden erforderlich werden.

§7

Kündigung des Teilnehmerverhältnisses

(1) Das unbefristete Teilnehmerverhältnis endet durch

- fristgemäße Kündigung durch den Teilnehmer oder durch die Deutsche Post,
- fristlose Kündigung durch die Deutsche Post.

(2) Das befristete Teilnehmerverhältnis endet

- mit dem vereinbarten Zeitpunkt, spätestens jedoch nach 6 Monaten,
- durch fristlose Kündigung durch die Deutsche Post.

(3) Die fristgemäße Kündigung des unbefristeten Teilnehmerverhältnisses ist zum Schluß eines Kalendermonats zulässig. Sie muß dem anderen spätestens am letzten Werktag des vorhergehenden Monats schriftlich zugehen.

(4) Die Deutsche Post kann das unbefristete Teilnehmerverhältnis fristgemäß unter Angabe der Gründe kündigen, wenn

— die Sicherheit des Staates oder die Sicherheit und Ordnung des Fernsprechverkehrs es erfordern,

— bei Ausnahmehauptanschlüssen, Ausnahmenebenanschlüssen, außenliegenden Nebenanschlüssen und Querverbindungen der Grund wegfällt, der zu deren Einrichtung geführt hatte.

(5) Die Deutsche Post kann das Teilnehmerverhältnis fristlos unter Angabe der Gründe schriftlich kündigen, wenn der Teilnehmer die Bestimmungen dieser Anordnung mißbräuchlich verletzt. Die regelmäßig wiederkehrenden Gebühren sind bis zum Schluß des Monats zu entrichten, in dem die fristlose Kündigung dem Teilnehmer zugegangen ist.

(6) Nach Kündigung des Teilnehmerverhältnisses ist der Teilnehmer verpflichtet, die ihm von der Deutschen Post überlassenen Fernsprecheinrichtungen zurückzugeben. Bei einem befristeten Teilnehmerverhältnis sind vom Teilnehmer die Kosten für das Abbrechen der Fernsprecheinrichtungen zu tragen. Bei einem unbefristeten Teilnehmerverhältnis entfernt die Deutsche Post die posteigenen Fernsprecheinrichtungen aus den Räumen des Teilnehmers auf ihre Kosten. Wenn nicht andere Gründe dagegen sprechen, verbleiben die Leitungen an Ort und Stelle.

§ 8

Übertragung, Namensänderung des Teilnehmers

(1) Nachfolger in Wohn- oder Betriebsräumen können mit Zustimmung der Deutschen Post in ein Teilnehmerverhältnis eintreten (Übertragung). Der Antrag ist gemeinsam vom bisherigen Teilnehmer und dem Übernehmenden schriftlich zu stellen.